

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU

**DIE FPÖ BRIGITTENAU
WÜNSCHT FROHE WEIHNACHTEN
UND EIN GUTES NEUES JAHR!**

- FPÖ-Bashing und die Folgen (Seite 2)
- Rot-grüner Advent in Wien! (Seite 2)
- Keine Geldleistungen an Asylberechtigte! (Seite 3)
- (Park)-Platz der Kinderrechte! (Seite 4)
- Weihnacht ist nicht mehr ... (Seite 5)
- Tolle Premiere beim Kulturring Brigittenau! (Seite 6)
- Bundespräsident wider Willen? (Seite 6)
- Traditionsfeiern der FPÖ-Brigittenau (Seite 7)
- Liebe Österreicherin! (Seite 7)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

FPÖ-Bashing und die Folgen!



Die Bezeichnung „Bashing“ hat seit einiger Zeit in unserem Sprachgebrauch Einzug gehalten und steht für „öffentliche Beschimpfung bzw. verbalen Angriff“. Dieses FPÖ-Bashing zieht sich wie ein roter Faden durch alle Wahlauseinandersetzungen der letzten Jahre und wurde von einigen Parteien sogar zum Programm erhoben.

Seit 26. Jänner 2017 haben wir ein Staatsoberhaupt, das in der Stichwahl lediglich 53,8% der Stimmen erzielen konnte, obwohl offizielle Vertreter von Politik, Wirtschaft, Medien, Kunst&Kultur, Kirche und NGO´s Stimmung gegen den FPÖ-Kandidaten NR-Präsident Ing. Norbert Hofer gemacht haben. Es wurde sogar eine eigene Plattform mit namhaften Persönlichkeiten gegründet, die nur dieses Ziel hatte. Nicht die „Vorzüge“ Van der Bellens standen zur Wahl, sondern das „Verhindern“ von Hofer.

Bei der letzten Nationalratswahl und den vorangegangenen Landtagswahlen war es nicht anders. Nicht die Programme der wahlwerbenden Parteien wurden in den Vordergrund gestellt, sondern die FPÖ und ihre Mandatäre wurden schlecht gemacht oder kriminalisiert. Die GRÜNEN haben dafür die Rechnung präsentiert bekommen und sind an ihrer eigenen programmlosen Politik zerschellt. Mit Frauen-Power und ihrem Wahlprogramm „FPÖ-Verhindern“ haben sie sich selbst ins Out geschossen. Die SPÖ konnte davon profitieren und schrammte an einem Debakel vorbei. SPÖ-intern werden sich die Genossen am Parteitag aber entscheiden müssen, wie sie in Zukunft die Massen aus der „Yes we Kern“ Oppositionsrolle politisch begeistern wollen.

Wir Freiheitliche sind unter HC Strache eine geeinte politische Partei, die aufgrund der Wählergunst immer mehr Stimmenzuwächse verzeichnen kann. Nun ist es soweit und wir werden Regierungsverantwortung übernehmen. Auch wenn sich Österreich derzeit in einem Wirtschaftsaufschwung befindet, sind doch viele politische Baustellen offen. Bildung, Beschäftigung, Massenzuwanderung oder Wohnen sind nur einige Schwerpunkte, die den Menschen unter den Nägeln brennen und die sie im Sinne ihrer Gewohnheiten als Staatsvolk von der Politik behandelt wissen wollen. Der freiheitliche Teil einer künftigen Bundesregierung wird sich mit den Problemfeldern lebensnah auseinandersetzen und linksideologische Multikulti-Träumereien durch engagierte Realpolitik ersetzen. FPÖ-Bashing ist eben kein Wahlprogramm, sondern nur Ausdruck der eigenen Unfähigkeit sich wählbar zu präsentieren!

Abschließend darf ich Ihnen noch von ganzem Herzen frohe Weihnachten, ein schönes Fest und einen ruhigen Jahreswechsel 2018 wünschen.

Ihr LAbg GR Gerhard Haslinger Bezirksparteiobmann

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Rot-Grüner Advent in Wien!



Vor kurzem hat er also begonnen, der Advent, mit dem sich in unserer Heimat zahlreiche Bräuche und Traditionen verbinden. Lange Zeit galten die Wochen vor dem Weihnachtsfest auch als die stille Zeit, als Zeit der Besinnung. Vieles davon, insbesondere die besinnliche Stille an langen Winterabenden und die innere Einkehr, sind in unserer „modernen Welt“ weitgehend verloren gegangen. Und statt unseren Bräuchen und Traditionen einfach nachgehen zu können, müssen wir, diese täglich aufs Neue – vorwiegend gegen rot-grüne Angriffe – verteidigen.

So berichtete vor kurzem eine Meldung in der Kronenzeitung, dass die rot-grün regierte Gemeinde Wien das Aufhängen von vorweihnachtlichen Kränzen und Schmuck an der Wohnungstür verbietet. Offiziell wird das strikte Feuerpolizeigesetz ins Spiel gebracht. Auf einem Aushang ist zu lesen: „Auf den und rund um die Eingangstüren dürfen keine Kränze, Blumen-gestecke und irgendwelcher Schmuck zur Jahreszeit angebracht sein.“ Bei vielen Mietern sorgt diese Regelung für Unmut, denn für viele ist es geliebter Brauch, auch die Wohnungstür über die Festtage weihnachtlich zu schmücken. Und Wiener Wohnen sollte eigentlich nicht päpstlicher als der Papst sein: Brände durch Weihnachtsgestecke an der Tür sind um nichts wahrscheinlicher, als durch einen Papieraushang im Stiegenhaus.

Aber diese Vorgangsweise ist nur ein kleiner Mosaikstein im Kampf des roten Wien gegen (vor)weihnachtliche Traditionen. Ich erinnere nur an die alljährliche Diskussion um Nikolo-Verbote in Wiener Kindergärten, die bis ins Jahr 2006 zurückreicht. Wiens Ex-SPÖ-Vizebürgermeisterin Grete Laska hatte damals angeordnet, dass keine „fremden“ Nikolaus-Darsteller mehr die Wiener Kindergärten besuchen dürften, da diese die Kinder oftmals „verschrecken“ würden. Zwar wird von linker Seite stets dementiert, dass dem Bischof mit Bart das Aus droht und es gebe ein derartiges Verbot offiziell nicht. Vielmehr sei dies angeblich den jeweiligen Kindergärten überlassen. Fakt ist: Der Heilige Nikolaus hat in den Kindergärten der Gemeinde Wien Besuchsverbot.

Aber nicht nur in den Kindergärten auch in den Wiener Schulen steht der Nikolaus unter heftigem Beschuss. So hat die Zeitung „Österreich“ kürzlich einen Fall aufgegriffen, laut dem der Nikolo in einer Volksschule in Floridsdorf schon lange ein Hausverbot habe. Auch hier dementiert der Stadtschulrat, allerdings bestätigten daraufhin empörte Eltern, dass an dieser Schule aufgrund der Rücksichtnahme auf andere Religionen statt des Nikolo- nunmehr ein Winterfest stattfindet.

Nein, wir brauchen keinen rot-grünen Advent in Wien, unsere Bräuche und Traditionen sind es wert, gelebt und verteidigt zu werden, meint Ihr *Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Gausam*

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2017

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Rauscherstraße 7, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at
 „Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.
 Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;
 Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at
 Titelbild: Quelle: Wolfgang Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.
 Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.
 Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Keine Geldleistungen an Asylberechtigte – Umstellung auf Sachleistungen als Gebot der Stunde



Millionenbeträge aus der Wiener Mindestsicherung werden weiter ungehindert in die Herkunftsländer der Asylberechtigten überwiesen

Hätte es eines weiteren Beweises bedurft, wie wichtig eine grundlegende Umstellung bei der Mindestsicherung im rot-grünen Wien wäre, die zuständige Landesrätin Sandra Frauenberger hat diesen in der Fragestunde des Wiener Landtages am 23.11.2017 geliefert. Ich habe in jener Landtagssitzung, in der eine Reform der Wiener Mindestsicherung beschlossen wurde, eine Anfrage an die zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger gestellt. Dabei habe ich Bezug auf eine Studie genommen, der zufolge Asylberechtigte Monat für Monat Millionenbeträge aus der Mindestsicherung in ihre Heimatländer überweisen. Die Studienautoren bewerteten diese Zahlungen in ihrer Einschätzung positiv und sprachen sogar von einer Form der „Entwicklungshilfe“ – für mich ist das Zynismus pur.

Die für die Mindestsicherung zustän-

dige Stadträtin Frauenberger hat mit diesen Überweisungen ebenfalls keinerlei Probleme – das vor dem Hintergrund, dass die Kosten für die Steuerzahler explodieren (inzwischen werden 700 Millionen € mit stark steigender Tendenz benötigt) und mittlerweile mehr Nichtösterreichischer Mindestsicherung beziehen als Österreicher.

Das rot-grüne System ist eine Ungeheuerlichkeit. Die aus Steuermitteln finanzierte Mindestsicherung ist das letzte soziale Netz für uns Österreicher. Die rot-grüne Mindestsicherung wird hingegen immer mehr zu einem finanziellen Magneten für Armutsmigranten aus aller Welt. Das Signal, das in die Heimatländer gesendet wird, ist ebenfalls fatal. In Österreich bekommen Fremde, die noch

„Wer arbeiten geht, darf nicht der Dumme sein.“

keinen Tag gearbeitet haben, Geld, das offenbar derart hoch ist, dass ein Teil wieder nach Hause zurück geschickt werden kann. So geht in Österreich wertvolle Kaufkraft verloren und es darf niemanden verwundern, dass Armutsmigranten unter Missbrauch des Asylrechts durch zahlreiche sichere Länder wandern, um dann im Sozialparadies Wien

Beispiel aus Oberösterreich

Da hat die Sozial-Realität wieder knallhart zugeschlagen: 25 Lehrstellen für junge Asylwerber hat die Industriellenvereinigung in Oberösterreich extra auf

Die Begründung vieler Absagen: „Ich bekomme mehr Mindestsicherung als Lehrlingsentschädigung!“ Hier könnte die viel diskutierte, geplante Mindest-

Weniger Geld, mehr Motivation

die Beine gestellt. Von 200 potenziellen Kandidaten, die das AMS anschrub, interessierten sich gerade einmal 70 – und schlussendlich bleiben die meisten Lehrstellen unbesetzt!

sicherungs-Senkung in ÖÖ greifen. Ist nämlich jemand zu bequem, eine Arbeit anzunehmen, dann könnte man die Motivation durch Leistungskürzungen sicher merklich heben... MS

ihren Asylantrag zu stellen und ein Leben lang zu kassieren. Kommen dann die Familien mit zahlreichen Kindern (nicht selten auch mit mehreren Ehefrauen) nach, ist der Jackpot geknackt. Eine solche Familie kommt mit allen Leistungen addiert (Familienbeihilfe, Kindergeld etc) ohne Arbeit auf ein monatliches Einkommen, von dem die meisten Menschen nur träumen können (nicht selten 3000 € im Monat).

Daher ist es höchst an der Zeit, diesen Missbrauch unserer Steuergelder abzustellen. Asylberechtigten darf in Zukunft nur mehr eine Grundversorgung ohne Geldzuwendung gewährt werden. Am dringlichsten ist aber ein effektiver Grenzschutz, der illegale Einwanderung möglichst unterbindet. Da die rot-grüne Wiener Stadtregierung keine Anstalten macht, diese Zustände abzustellen, ist es Zeit für eine Bundesregelung unter Beteiligung der FPÖ, die endlich Gerechtigkeit und Fairness für die Österreicher sicherstellt und dem Sozialmissbrauch durch Einwanderer einen Riegel vorschiebt.

LAbg Dr. Wolfgang Aigner



Bezieher von Mindestsicherung in Wien

Jeweils Monatsdurchschnitt

Bezieher 2016
gesamt

2016 2017

Kategorie	2016	2017	Bezieher 2016 gesamt
Gesamt	146.946	151.880	194.875
Inländer	78.520	76.688	102.934
Ausländer	68.427	75.192	91.941
Jugendliche	19.958	21.216	28.989
Asylberechtigte	34.703	41.731	44.169

Gesamt ausbezahlt 2016: **659 Millionen Euro**

Grafik: © APA, Quelle: APA/Stadt Wien



(Park)-Platz der Kinderrechte!

Am 20.11.2008 wurde die freie Verkehrsfläche Ecke Dresdner Straße – Winarskystraße in „Platz der Kinderrechte“ benannt.

Eine Skulptur aus Metall und ein gärtnerisch gestaltetes Arrangement kennzeichneten den Platz, der fortan als Ort der Begegnung für Kinder/Jugendliche und Erwachsene dienen sollte. 2009 hätten Schulklassen sogar eine Erweiterung des Platzes erarbeiten sollen, um der Bedeutung der Kinderrechte mehr Platz einzuräumen.

Heute steht die Skulptur einsam und verlassen auf dem asphaltierten Platz neben 3 Fahrradbügeln und dem Luftmessbus der MA22. Der Rest der Fläche wirkt trostlos und leer und dient lediglich als Parkplatz für Kurzzeitparker.

Begründet wurde der Abbau des Arrangements damit, dass der Platz laut Bezirksvorsteher Derfler zur „Gstett´n“ ver-



de aus dem Andenken an die Kinderrechte, die 1989 als UN-Konvention verabschiedet wurden. Wer die Örtlichkeit kennt, tut sich schon allein mit der Vorstellung schwer, dass man sich dort auch nur ansatzweise wohlfühlen könnte!

In der Novembersitzung der Bezirksvertretung verkündete der Bezirksvorsteher, dass der Platz neu gestaltet werden würde, jedoch müssten erst Sponsoren aufgebracht werden, die einen Teil der Kosten übernehmen müssten. Seltsam! Denn der rot-grünen Stadtregierung ist nichts zu teuer, wenn es um die Errichtung von Autofahrer-Schikanen geht.

Für die Gestaltung eines öffentlichen Platzes mit Symbolkraft ist kein Geld da. Aber vielleicht ist es auch nur Ausdruck dafür, wie ernst es **ROT-GRÜN** mit der Bedeutung der Kinderrechte nehmen.

Auf der Homepage des Kinderrechtsbüros Österreich steht:

Durch die Begegnungsvielfalt und das besondere Erscheinungsbild des „PLATZ DER KINDERRECHTE“ bleiben die Kinderrechte lebendig und Tag für Tag im Blick- und Spannungsfeld.

PLATZ DER KINDERRECHTE garantiert die Präsenz der Kinderrechte im öffentlichen Raum.

Vielleicht sollten die Verantwortlichen des Kinderrechtsbüros, das sich in der nahegelegenen Leithastraße befindet, kurz beim Platz vorbeischaun und dann das Statement von der Seite nehmen?



Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern

Seit 16. Februar 2011 sind einige Kinderrechte der UN-Konvention in der österreichischen Bundesverfassung verankert. Trotz berechtigter Kritik an dem Gesetz bedeutet die Verankerung eine massive Aufwertung der Kinderrechte in Österreich.

Vor allem durch die Verankerung zweier Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention:

- a.) Vorrang des Kindeswohls (Artikel 1 BVG Kinderrechte) und
- b.) Beteiligung und Berücksichtigung der Meinung von Kindern und Jugendlichen (Artikel 4 BVG Kinderrechte).

Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern

Artikel 1

Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für sein Wohlergehen notwendig sind, auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung sowie auf die Wahrung seiner Interessen auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit. Bei allen Kinder betreffend Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein.

Artikel 2

(1) Jedes Kind hat Anspruch auf regelmäßige persönliche Beziehungen und direkte Kontakte zu beiden Elternteilen, es sei denn, dies steht seinem Wohl entgegen.

(2) Jedes Kind, das dauernd oder vorübergehend aus seinem familiären Umfeld, welches die natürliche Umgebung für das Wachsen und Gedeihen aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Kinder ist, herausgelöst ist, hat Anspruch auf besonderen Schutz und Beistand des Staates.

Artikel 3

Kinderarbeit ist verboten. Abgesehen von gesetzlich vorgesehenen begrenzten Ausnahmen darf das Mindestalter für den Eintritt in das Arbeitsleben das Alter, in dem die Schulpflicht endet, nicht unterschreiten.

Artikel 4

Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten, in einer seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechenden Weise.

Artikel 5

(1) Jedes Kind hat das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, die Zufügung seelischen Leides, sexueller Missbrauch und andere Misshandlungen sind verboten. Jedes Kind hat das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung.

(2) Jedes Kind als Opfer von Gewalt oder Ausbeutung hat ein Recht auf angemessene Entschädigung und Rehabilitation. Das Nähere bestimmen die Gesetze.

Artikel 6

Jedes Kind mit Behinderung hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die seinen besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen. Im Sinne des Artikel 7 Abs. 1 BVG ist die Gleichbehandlung von behinderten und nicht behinderten Kindern in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten.

Artikel 7

Eine Beschränkung der in den Artikeln 1, 2, 4 und 6 dieses Bundesverfassungsgesetzes gewährleisteten Rechte und Ansprüche ist nur zulässig, insoweit sie gesetzlich vorgesehen ist und eine Maßnahme darstellt, die in einer demokratischen Gesellschaft für die nationale Sicherheit, die öffentliche Ruhe und Ordnung, das wirtschaftliche Wohl des Landes, die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist.

Artikel 8

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Weihnacht ist nicht mehr...



Jetzt leuchtet sie also wieder, die Weihnachtsbeleuchtung in der Wallensteinstraße, allerdings heuer zum letzten mal. Ab 2018 wird sie nämlich durch eine „temporäre Effektbeleuchtung“ ersetzt.

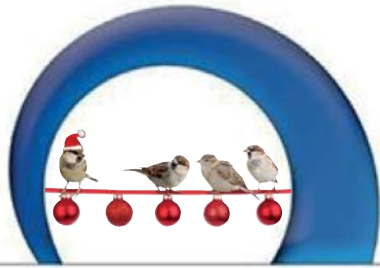
Zur Diskussion stand sogar eine „bezirksspezifische temporäre Effektbeleuchtung“, mit Bezirkswappen. Dieses ist ja festtauglich gestaltet, geht doch manches Schleckermäulchen (Zunge) nach dem Konsum der Festtags-trünke ermüdet vor Anker!

Ob man den Erfindern der Neubezeichnung zwar nicht das, aber eine defekte Erleuchtung unterstellen darf? Egal. Wir wünschen ihnen jedenfalls, dass ihnen in der stillsten Zeit des Jahres nicht die temporäre Effektbäckerei im Hals stecken bleibt, wenn sie vermehrt die eigenen Wortkreationen aussprechen müssen. Die vorgeschlagenen Designs für die Beleuchtung sprachen natürlich für sich – nämlich viel Knallrot, viele gleißende Led's, leider nichts Weihnachtliches, weder als wärmerer Lichtfarbton noch gar als weihnachtliches Motiv.

Trügerisch ist die Neubezeichnung für Weihnachts-... auch wegen einer möglicherweise dadurch erzeugten Erwartungshaltung. Nach entsprechenden Selbstversuchen kann jedermann bestätigen: die temporären Effekt-Kipferl und Co bleiben kein temporärer Effekt – jedenfalls um die Hüften.

Immerhin: die vielen nichtchristlichen Dauergäste in unserem Bezirk müssen sich nicht mehr vom Wort „Weihnacht“ provoziert fühlen. Und für heuer kommen wir in der Brigittenau daher ohne Betonwände und Poller aus. Terrorfreie Weihnachten! In Zukunft vielleicht auch in der Brigittenau nicht mehr selbstverständlich.





KULTURRING BRIGITTENAU

Tolle Premiere beim Kulturring Brigittenau!

Die erste Veranstaltung des neuen Kulturrings Brigittenau war ein voller Erfolg. An die 40 interessierte Personen folgten der Einladung des ambitionierten Teams, bestehend aus BR Mag Birgit Kopschar, BR Brigitta Schalk, BR Traude Lindenbauer und BR Flaminia Bettini, in die Rauscherstraße und wohnten der DVD – Vorführung: „Wien Brigittenau. Die Geschichte des 20. Wiener Gemeindebezirks. Von den frühen Anfängen bis heute“ bei.

Angeregte Gespräche bei Speis und Trank ließen diesen interessanten und lehrreichen Abend ausklingen.



Der Kulturring Brigittenau wünscht Ihnen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

Wünsche zum neuen Jahr

*Ein bisschen mehr Friede und weniger Streit,
Ein bisschen mehr Güte und weniger Neid,
Ein bisschen mehr Liebe und weniger Hass,
Ein bisschen mehr Wahrheit - das wäre was.
Statt so viel Unrast ein bisschen mehr Ruh,
Statt immer nur Ich ein bisschen mehr Du,
Statt Angst und Hemmung ein bisschen mehr Mut,
Und Kraft zum Handeln - das wäre gut.
In Trübsal und Dunkel ein bisschen mehr Licht,
Kein quälend Verlangen, ein bisschen Verzicht,
Und viel mehr Blumen, solange es geht,
Nicht erst an Gräbern - da blühen sie zu spät.
Ziel sei der Friede des Herzens,
Besseres weiß ich nicht.*

Peter Rosegger, 1843-1918



Leserbrief

Bundespräsident wider Willen?

UHBP Van der Bellen ein Vorzeige-Repräsentant der Republik?

Bei öffentlichen Veranstaltung wirkt er wie eine Trauerweide und sein Gesichtsausdruck spiegelt die Freude an seinem Amt wider. Bei der Bundeshymne singt er nicht mit und Dresscodes gehen an ihm spurlos vorbei. Seinen Hund führt er in Hundeverbotzonen Gassi und das Rauchverbot in Amtsräumen gilt für ihn scheinbar auch nicht.

Unser Staatsoberhaupt scheint auch relativ uninformiert über diverse Protokollabläufe zu sein, denn sonst würde er nicht bei einem Abendessen mit EU Botschaftern über seine Befindlichkeiten bei der anstehenden Regierungsangelobung plaudern. Es entspricht nämlich der gängigen Praxis, dass alle Gespräche bei solchen Treffen dokumentiert werden. Die Unwissenheit des obersten Repräsentanten der Republik könnte somit zu schwerwiegenden Folgen führen.

Aber dem immergrünen Sascha dürfte alles egal geworden sein, nachdem seine Partei aus dem Nationalrat geflogen ist.

Bleibt nur zu hoffen, dass FPÖ-Hasser Hans-Peter Haselsteiner mit der Leistung Van der Bellens zufrieden ist, schließlich war er doch sein oberster und lautester Unterstützer!

Tu felix Austria!



Nationalfeiertag 2017. Foto: Sehner



Liebe Österreicherin!

Vorweg: „Dich“ gibt es eigentlich gar nicht, denn es sind ganz viele inwendige und äußerliche Eigenschaften, die Dich ausmachen – und die unmöglich in einer Person vereint sein können. Trotzdem will ich Dir heute sagen:

Ich liebe Deinen besonderen Charme! Deinen Witz wie Deine Ernsthaftigkeit, Deine Gelassenheit wie Deine Zielstrebigkeit, Deine Genußfähigkeit wie Deinen Fleiß. Ich liebe Deinen Dialekt, der mich in einem Augenblick in die schönsten Kulissen unseres Landes führt, im Ländle, in Tirol, in Salzburg, Kärnten, der Steiermark, in Ober- und Niederösterreich, in Wien und dem Burgenland. Ich liebe Dein Charisma im Kostüm der Geschäftsfrau, Deinen sorgfältig geflochtenen Zopf, der ein prächtiges Dirndl rahmt, das erwachende Strahlen Deiner Augen am Frühstückstisch.

Ich gestehe, ich kann schwer nicht hinschauen, wenn zwischen kurzem Rock und hohen Absätzen der Anblick Deiner schlanken Beine erfreut. Ich gestehe, ich kann schwer Nein sagen, wenn Deine mütterliche Kochkunst oder Deine großmütterliche Backkunst die Küche mit wunderbarsten Düften erfüllt. Ich gestehe auch, ich möchte brüderlich Deine Wangen streicheln und Dir Mut zusprechen, wenn ich Dich als kleines Schulmädchen sehe, in einer Welt, die Dir so vieles nimmt, das Dein lebensfroh schlagendes Herz erfahren möchte. Erfahren muß, um sich die Freude und den Glauben an ein glückliches Morgen zu erhalten.

Ich will Dich beschützen, altes Mütterchen, stolze Frau, kleines Mädchen, vor vielem, was sich heute vor unseren Augen zusammenbraut, das erste dramatische Schlagzeilen und grauenvolle Statistiken bringt: Deine Bedrohung durch Männer, die Dich für nichts lieben, die Dich

nicht respektieren, die Dir nichts zubilligen, als ihnen zu Willen zu sein. Die Dir alle Rechte nehmen, die Deine Persönlichkeit brechen, die Dich seelisch und oft auch körperlich zerstören würden. Beschützen kann ich Dich aber nur, wenn Du die Gefahr erkennst und meine Hilfe annimmst und wenn alle, die die Wahrheit hinter den Schleiern der Schönrederei kennen, den Mut haben diese Wahrheit auszusprechen. Sonst kommt bald der Tag an dem Dir niemand mehr helfen kann, an dem auch mir niemand mehr helfen kann, es sei denn wir fliehen und überlassen unser Land Fremden, die dann eben stärker waren als unsere Selbstliebe.

Liebe Österreicherin! Ich danke Dir mein Leben ... und abertausende schöne Momente, mit der Frau, der Oma, der Mutter, der Schwester, der Tochter. Du hast so vieles an Dir was mich begeistert. Was ich bewundere. Was ich für mein Leben und vor allem für mein Lebensglück brauche. Bleibe stark und vertraue auf unser gemeinsames Schicksal, das es gut mit uns meinen wird. Auch wenn es heute nicht so aussieht und Du tagtäglich mit unentschuldbaren Untaten konfrontiert wirst. Auch wenn Deine offiziellen Fürsprecherinnen kindische Aktionstage, Aufsichtsratsquoten und Punschtrinken als Problemlösungen ausgeben, während sie weiterhin wegschauen, wo niemand wegschauen darf, der einen Funken Anstand und Gefühl im Leibe hat.

Geliebte Oma, geliebte Mutter, liebe Schwester, geliebte Frau, geliebte Tochter und Enkelin, liebe Freundin! Ich werde immer an Deiner Seite sein. Das verspreche ich Dir!

Dein Mann, Opa, Vater, Sohn, Bruder, Enkel, Freund ...




WIENER SENIORENRING

Die Brigittenauer Senioren laden ein:

Stammtische:
10. Jänner 2018
7. Februar 2018
7. März 2018

Styria XX, Rauscherstraße 5



Nähere Auskünfte:
 Seniorenbeauftragte
 Bez. Rätin Karin Lenz
lenz.karin@yahoo.com



**Österreichischer
Mieterschutzring
Wien**

*Wir informieren, beraten,
kontrollieren und vertreten!*

DER SCHLÜSSEL ZU IHREM RECHT!

UNABHÄNGIG
KOMPETENT
EINSATZBEREIT
UNBEUGSAM

NUR DEN INTERESSEN SEINER MITGLIEDER VERPFLICHTET!

Telefon: 0664/845 30 88
 Web: www.mieterschutzring.at
 Email: buero@mieterschutzring.at
 Adresse: 1, Bartensteingasse 14 Top 9, 1010 Wien

**Ring Freiheitlicher Jugend
RFJ 2/20**

Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
 Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter
 0664 8851 77 70
franz.lindenbauer@fpoe-wien.at





**Liebe Brigittenauerinnen,
Liebe Brigittenauer,**

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.
 Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66
 E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at